



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Friedensreden, ein diplomatisches Terzett

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Es bleibt noch zu bemerken übrig, daß auch der Vorschlag gemacht wurde („Ostdeutsche Rundschau“ 1917, 17. November), im Falle der Vereinigung von ganz Galizien mit Polen dem Ruthenengebiet etwa jene Stellung zu Polen zu geben, die Kroatien in Ungarn besitzt. Diese Lösung würde den Kampf zwischen Polen und Ruthenen nicht beenden und überdies noch andere Nachteile nach sich ziehen.



Friedensreden, ein diplomatisches Terzett

Don Georg Kleinow



n Berlin und Wien haben am gleichen Tage die leitenden Staatsmänner zu den Friedensbestrebungen bei Freund und Feind in großen Parlamentsreden Stellung genommen. Die Berliner Rede wurde durch einen Bericht des Staatssekretärs von Kühlmann über die Verhandlungen in Vitauisch-Brest ergänzt. Die Ausführungen der drei Minister sind voneinander nicht zu trennen: sie ergänzen sich; sie bilden gemeinsam ein Ganzes; ihre Zusammengehörigkeit tritt besonders da zutage, wo die Herren den eigenartigen Verhältnissen und Stimmungen ihrer Länder Rechnung tragen. Dadurch formt sich uns das Bild der Gesamtlage, die aus der einzelnen Rede nicht ohne weiteres erkennbar wird.

Die Reden wurden mit besonderer Spannung erwartet, nicht nur weil sie uns Auskunft geben sollten vom Stande der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch deshalb, weil sie in einer Stunde ungewöhnlich großer innerer Erregung gehalten werden mußten; die Friedensverhandlungen selbst waren allem Anschein nach in eine Sackgasse geraten; der Fortgang der innerrussischen Auseinandersetzungen läßt die Erfolge der Sonderverhandlungen mit der Ukraina immer problematischer erscheinen, während die Aussichten, wirtschaftliche Anknüpfungen in Nordrußland zu gewinnen, zunächst ziemlich verflüchtigt sind. Daneben sind in Osterreich-Ungarn Erscheinungen zutage getreten, die, abgesehen von den Theoretikern und Praktikern des sozialistischen Internationalismus, sowohl daheim wie auch in allen Teilen der verbündeten Armeen als ein Überfall aus dem Hinterhalt empfunden worden sind. Herr Graf Hertling hat dieser gespannten Lage an der inneren Front durch größte Vorsicht Rechnung tragen zu müssen geglaubt, während Herr Graf Czernin den Stimmungen durch schärfste Betonung seines persönlichen Standpunktes gerecht zu werden suchte. Die augenblickliche Wirkung ist deshalb, soweit sich solches aus der deutschen Presse erkennen läßt, mehr durch Czernin als durch Hertling bedingt. Des deutschen Reichskanzlers Rede ist, bezüglich der eigentlichen Friedensverhandlungen in Vitauisch-Brest, durch die Ereignisse in Rußland, insbesondere durch das militärische Vorgehen der Maximalisten gegen die Ukraina,

überholt, während dasjenige, was er in Beantwortung der Ausführungen von Lloyd George und Wilson sagte, ebensogut schon vor drei Wochen hätte gesagt werden können. Herr von Kühlmanns Rede atmet Entsagung. So stimmt denn das rednerische Terzett ziemlich schwermütig.

Graf Czernins Friedensneigung

Was ist das Wesentliche der Darbietung? Sind's die Antworten auf Herrn Wilsons Friedensprogramm? Oder ist's die Tatsache, daß über Herrn Lloyd George mit Stillschweigen zur Tagesordnung übergegangen wurde? Ohne Zweifel ist Graf Czernins Stellungnahme zu den deutsch-russischen Meinungsverschiedenheiten über die Räumung der besetzten Gebiete höchst bedeutungsvoll, ebenso sein Bekenntnis zu einem unabhängigen Polen; von hohem Interesse ist Graf Hertlings Wink an die Franzosen, daß sie — selbstverständlich unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen — mit Deutschland zum Frieden auf der Basis ohne Annexionen und ohne Kontributionen kommen könnten, — aber wirklich greifbar ist doch nur Czernins Angebot an Wilson, die Friedensvermittlung zu übernehmen. Diese Tatsache macht das Redeterzett der vergangenen Woche zu einem Markstein im Weltkriege sowohl, wie vielleicht auch für die ganze Entwicklung des europäischen Kontinents überhaupt. Es kommt nur darauf an, wie Herr Wilson es aufnimmt und ob auch er den Standpunkt Czernins teilt, wonach zwischen beider Ansichten „die Differenzen, welche übrig bleiben“, nicht so groß sind, „daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte“. Graf Czernin meint, „daß Osterreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten“. Deshalb läge die Erwägung nahe, „ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind“. Es wird natürlich nicht an Stimmen fehlen, die diese neuerliche praktische Befundung der Friedensbereitschaft als kriegsverlängernd zurückweisen. Nicht mit Unrecht wird man auf die Hartnäckigkeit der englischen und französischen Urheber des Krieges deuten, die in der Bereitwilligkeit zu einer Verständigung in letzter Stunde doch nur wieder ein neues Argument finden könnten, um ihren Völkern die Nähe unseres Zusammenbruchs zu beweisen. Auch wir möchten glauben, daß diese Wirkung nicht ausbleibt. Dem Grafen Czernin scheint es aber weniger auf die beiden kontinentalen Gegner Deutschlands, als auf die Vereinigten Staaten anzukommen, bei denen in letzter Zeit immer stärkere Anzeichen von Kriegsmüdigkeit bemerkbar geworden sind. Er scheint zu glauben, daß sein Angebot, auf einer fest umschriebenen Basis zu verhandeln, Herrn Wilson derart gestellt hat, daß er, ohne die schwerste Einbuße für seine Stellung im eigenen Lande zu erfahren, kaum einen Weg ausfindig machen dürfte, sich der ihm gewordenen Aufgabe zu entziehen. Der Minister erklärte er habe seine Rede nicht nur gehalten, damit der Ausschuß sie höre, sondern auch Wilson. Wilson hatte hiervon bereits zur selben Stunde Kenntnis, als der Minister im Ausschuß sprach. Damit bestätigte er die schon lange umlaufenden Gerüchte, wonach zwischen Wien und

Washington eine Gedankenübermittlung stattfindet und nicht ausgeschlossen ist, daß diese Unterhaltungen den Herrn Reichskanzler verhindert haben, früher auf die Botschaft Wilsons einzugehen, wie es geschehen. Jedenfalls dürfen diese Zusammenhänge nicht außer Betracht bleiben für eine Beantwortung der Frage: wie stellt sich Herr Wilson?

Wir wollen uns heute den Kopf darüber nicht zerbrechen. Es wird Zeit sein, dazu Stellung zu nehmen, wenn Herrn Wilsons Antwort vorliegt. Bis dahin heißt es stille halten und mit zäher Gewissenhaftigkeit unsre militärische Lage auf die höchste Höhe zu bringen. Damit werden wir jeder neuen politischen Lage zweifellos am sichersten gewachsen sein. *Si vis pacem para bellum!*

Daß das neue Friedensangebot ohne das Einverständnis der deutschen Regierung ergangen sein könnte, möchte ich bezweifeln, trotz der Skepsis des Grafen Hertling, die uns wegen der Friedensbereitschaft unserer Feinde aus seinen Worten entgegentritt. Bei den durch den Weltkrieg verengerten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Habsburg ist ein einseitiges Vorgehen nicht denkbar. Deutschland und Österreich-Ungarn sind aufeinander angewiesen über den Krieg hinaus. Werden die politischen Lebensgrundlagen des einen verletzt, so muß der andere darunter mit leiden, gleichgültig, ob die Verletzung von unseren gegenwärtigen Feinden ausginge oder bewirkt würde durch die drückende Überlegenheit eines der Verbündeten über den anderen, sei es auch nur in einer Teilfrage, sei es infolge innerpolitischer Zerrüttung. Auch die Fehler des einen rächen sich an beiden.

Versuchen wir uns ein klares Bild von der Tragweite des Redeterzetts zu machen, so müssen wir auch die innerpolitischen Umstände mit in den Rahmen der Betrachtung ziehen, unter denen es zustande kam.

In der ganzen Welt arbeitet eine kleine, aber vor nichts zurückschreckende Gruppe daran, einen solchen Frieden herbeizuführen, der den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wenigstens in Deutschland nach sich ziehen würde. Der erste Friedenstag soll zugleich den Eintritt der brotlos gewordenen Massen in die soziale Revolution bedeuten. Sie fordern daher von unseren Unterhändlern in Litauisch-Brest größte Nachgiebigkeit gegen die anmaßenden Forderungen Trozki's. Käme Trozki mit einem Siegfrieden nach Petersburg, einem Vertrage, der den Bolschewiki die von uns in Ordnung gehaltenen Gebiete Rußlands auslieferte, so gewänne die Revolution die ganze Autorität, deren sie bedürfte, während unsere Gegner im Westen, ermutigt durch das Eingeständnis der Schwäche, sich mit um so größerem Nachdruck dem Abschluß eines Friedens widersetzen.

In Österreich-Ungarn wird die revolutionäre Friedensbewegung gestärkt durch die Unlust der Slawen, einen Krieg weiter zu führen, der nach ihrer Auffassung doch in erster Linie dem wirtschaftlich höher entwickelten Deutschland zu weiterem Aufstieg dienen soll. Der letzte Streik ist aus dem Nationalitätenstreit hervorgegangen, während vorübergehende Stockungen in der Nahrungsmittelzufuhr, wie sie bei dem starken Schneefall kaum abwendbar gewesen sein mögen, nur den willkommenen Anlaß boten für die an anderer Stelle näher gekennzeichneten Drahtzieher hinter den Kulissen.

In Deutschland werden von den Revolutionären das Auftreten der Vaterlandspartei und die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses zum Aus-

gangspunkt der Wühlereien genommen. Angeblich soll die Vaterlandspartei eine Gesellschaft von Reaktionären sein, die die innere Politik in einem volksfeindlichen Sinne beeinflussen will, während die bürgerlichen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus darauf ausgingen, die Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage zu verschleppen. Leider geben sich auch gebildete, in hohem Ansehen stehende Männer in Berlin dazu her, solche Auffassungen zu verbreiten, wodurch sie überhaupt erst Bedeutung erhalten. Die Vaterlandspartei ist zusammengetreten zur Durchsetzung eines Friedens, der uns das bringt, was wir brauchen, um unsere Bevölkerung nicht nur schlecht und recht zu ernähren, sondern auch ihr die Möglichkeit zu sichern, zu Wohlstand zu kommen. Rund fünfzehn Millionen Deutsche fanden schon vor dem Kriege keine Betätigungsmöglichkeit in der Heimat! Wer die Arbeiten der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses mit einiger Objektivität verfolgt, muß zugeben, daß dort ein heißes Bestreben vorherrscht, mit einem fertigen, den Wünschen der Nation entsprechenden Gesetz sobald als möglich an die Öffentlichkeit treten zu können. Es gibt aber Elemente und dazu gehören auch diejenigen Polen, die in gegenwärtiger Stunde die Forderung nach internationaler Beaufsichtigung preussischer Provinzen stellen können, denen nur daran liegt, die ruhige Entwicklung zu stören.

Ohne Zweifel sind unsere Gegner über diese revolutionären Strömungen in einer Weise unterrichtet, die sie veranlassen muß, an den baldigen Zusammenbruch der Mittelmächte zu glauben. In einen Augenblick, wo unsere innere Lage für sie besonders kritisch erscheint, fällt nun des Grafen Czernin Erklärung an Wilson, daß er zu Verhandlungen auf der Grundlage seiner letzten Botschaft bereit sei. Kann unter den angedeuteten Verhältnissen auf eine ernste Aufnahme des Angebots gerechnet werden? Wir wären geneigt daran zu zweifeln, wenn nicht ein anderes Moment hinzuträte, das Beachtung heischt: die unleugbare Tatsache, daß zwischen Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika eigentlich kaum politische Gegensätze bestehen. Graf Czernin konnte einige der vierzehn Punkte Wilsons als Ausgangspunkt für Verhandlungen bezeichnen, während gleichzeitig Graf Hertling in Übereinstimmung mit den Führern der bürgerlichen Parteien sie als Grundlage für Friedensgespräche ablehnte. Treten nicht neue Tatsachen hinzu, so können wir kaum hoffen, dem Frieden auf dem Kontinent sichtbar näher gekommen zu sein. Denn selbst, wenn es dem Grafen Czernin gelingen sollte, mit Amerika zu einem Sonderfrieden zu kommen, würden Frankreich und England darin nur eine Zerfallserrscheinung in unserem Bündnis erkennen. Die Aussichten, daß eine blutige Abrechnung mit England vermieden werden könnte, sind somit nicht sehr groß.

Die Grenzsicherung im Osten

Die drei Friedensreden haben jedem, der Ohren hat zu hören, klipp und klar offenbart, daß Deutschland und Österreich-Ungarn entschlossen sind, die Grenzsicherungen im Osten nicht auf die eigene Kraft zu stellen, sondern zu gewährleisten durch die Schaffung eines Gürtels von Randstaaten, deren Bevölkerung bei einem neuerlichen Zusammenstoß zwischen Mittel- und Osteuropa den ersten Stoß des östlichen Gegners aufzufangen haben würde. Nach der Rede des Herrn von Kühlmann besteht bei den Regierungen allem Anschein nach die Auffassung,

daß die neuen Staaten sich an die ihnen von Deutschland bzw. Deutschland und Österreich-Ungarn bescherten Verwaltungen gewöhnen würden und daß die im Kriege gegebene staatliche Organisation als Grundlage für allen weiteren staatlichen Ausbau dienen werde. Schon im Laufe der nächsten Jahre würden die in die Randländer hineingepflanzten Regierungen deutschen Geistes es vermögen, die jungen Staaten so fest an Deutschland bzw. die Mittelmächte oder Österreich-Ungarn zu ketten, daß sie für eine Ausnutzung gegen Mitteleuropa durch die russischen Staaten und westeuropäischen Intrigen nicht mehr in Frage kämen. In wenigen Jahren schon würden sie politisch, wirtschaftlich und militärisch so innig mit den mitteleuropäischen Ländern verschmolzen sein, daß sie als sicherer und zuverlässiger Bestandteil des östlichen Verteidigungssystems zu bewerten sein würden. So liest man's zwischen den Zeilen.

Es handelt sich von Norden nach Süden gehend um die Sicherung der Grenzen gegen Nordrußland durch den baltischen Staat und Litauen, sowie gegen die Ukraina durch einen polnischen Staat. Der Krieg hat uns gelehrt, auf die polnischen Gebiete Rußlands als auf die Kernstellung des östlichen Verteidigungssystems zu blicken. Mehr noch als in militärischer Hinsicht ist Rußisch-Polen zum Kern der politischen Verteidigungsstellung geworden, freilich in einem unseren Interessen entgegen gesetzten Sinne. Nur von der politischen Verteidigung soll hier gesprochen werden.

Die Bedeutung, die Rußland für den Aufstieg Preußens zum führenden deutschen Staate und für das Deutsche Reich zum Weltstaat gehabt hat, scheint Herr von Bethmann Hollweg nicht so hoch eingeschätzt zu haben, wie es unseren Interessen entsprochen hätte. Er begnügte sich nicht damit, Rußland niederzuwerfen, er ging auch sofort darauf los, sich die Wege zu einem durch den Krieg geläuterten Rußland zu verlegen, indem er die den Russen abgerungenen Faustpfänder schon sehr bald wieder verschenkte. Der Grundstein für ein mehr oder minder selbständiges Polen wurde schon in den lange vor der Einnahme von Warschau (5. August 1915) liegenden Tagen gelegt, als Fürst Lubomirski seinen Freunden gegenüber die Verpflichtung übernahm, das Amt des Bürgermeisters von Warschau als erster zu übernehmen, sobald die Stadt durch die Deutschen besetzt sein würde. Alles andere entwickelte sich daraus logisch von selbst bis zu der verhängnisvollen Akte vom 5. November 1916. Das einzige, was von seiten der Gegner des endgültigen Bruches mit Rußland getan werden konnte, war, daß sie das Tempo der Vervollständigung Polens nach Möglichkeit zu verlangsamen suchten. Doch dies nur nebenbei. Die Ereignisse sind über sie fortgegangen.

Wir stehen einer durchaus neuen Lage im Osten gegenüber. Rußland ist nicht nur militärisch und damit als Weltstaat zusammengebrochen, sondern auch innerpolitisch. In Rußland werden soeben die kümmerlichen Ansätze einer westlichen, christlichen Kultur mit Feuer und Schwert ausgerottet. An Stelle des Staates ein Völkerjumpf, aus dem nur noch die Ukraina als fester Boden herausragt, aber auch schon von allen Seiten durch Bürgerkrieg und Anarchie bedroht. Unter welchen Umständen und wann der Genesungsprozeß in Rußland einsetzen könnte, ist noch gar nicht zu übersehen und ebensowenig ist zu ermessen, wie dann das übrig gebliebene Rußland aussehen wird. Seine dunkelsten Tage hat es noch nicht hinter sich, aber sie scheinen nach der gewaltsamen Auflösung der Konstituante mit politischen Morden eben zu beginnen.

Unsere Eroberungen in Rußland haben dadurch keine andere Bedeutung für die große Politik bekommen, als wie sie sie vor dem Zusammenbruch Rußlands hatten. Die militärisch gestützten Staatengebilde Kurland, Litauen, Polen sind wie die schnell entstandene Sandhaufen, die der vorgehende Schütze in der Schlacht aufwirft, um sich gegen feindliches Infanteriefeuer im Augenblick zu decken. Manche Kugel schlägt zwar durch, aber nur vereinzelt sind tödlich. Unsere Randstaaten gewähren im Augenblick eine gewisse Sicherheit gegen das Übergreifen der Anarchie. Ganz sicher sind sie nicht, wie der jüngste Streit der Straßenbahner in Warschau zeigte, aber im großen und ganzen ist die Gefahr der Verwundung gering.

Es bestand und besteht auch fernerhin die Möglichkeit — die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten beseitigt sie durchaus nicht — die besetzten Gebiete für diejenige russische Regierung in Verwahrung zu treuen Händen zu behalten, die einmal geordnete Zustände in Rußland schaffen würde und deren Stellungnahme zu den Weltproblemen der Politik sie an unsere Seite führte. Eingedenk der Bedeutung, die Rußland für uns selbst seit hundert Jahren gehabt hat, scheint mir die Offenhaltung einer solchen Möglichkeit auch für die Zukunft geboten. Aus Herrn von Kühlmanns Äußerungen geht nicht hervor, daß man sie erwogen habe. Man hat Rußland scheinbar aus den Augen verloren. Unsere Staatsmänner starren wie hypnotisiert auf Polen. Als wenn die Polen selbst nach Befriedigung ihrer weitestgehenden territorialen Wünsche Rußland politisch ersetzen könnten! Von Rußland wird in politischen Zusammenhängen kaum noch gesprochen, sondern nur noch in wirtschaftlichen.

Herr von Kühlmann hat seine Haltung diesen Fragen gegenüber entschuldigt — nicht erklärt — mit dem Hinweis darauf, daß es sich um ein Erbe Bethmann Hollwegs handle, das anzutreten er gezwungen war. Sollte es sich wirklich nur um eine Entschuldigung handeln, dann hätte sie auch unterbleiben können, weil der Herr Staatssekretär durch die Fortführung der Politik im alten Geleise auch die volle Verantwortung dafür übernommen hat, von der ihn kein Hinweis auf mögliche Fehler seiner Vorgänger entlastet. Abt er an der Politik seiner Vorgänger Kritik, so muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen und sie besser machen. Der Staatsmann ist darin nun einmal schlechter gestellt wie Abgeordnete und Journalisten. Die Möglichkeit, es zu tun, besteht trotz allem, was geschehen, immer noch, sobald man sich entschließt, die Dinge zu sehen, wie sie tatsächlich sind und demgemäß sich hütet, etwas Fertiges und Unabänderliches zu schaffen. Man begnüge sich vielmehr auch beim Abschluß mit den Russen mit einem Provisorium, das eine ruhige Entwicklung in den eroberten Gebieten gewährleistet und uns freie Hand läßt, mit einer späteren Regierung in Rußland auf freundschaftlichen Fuß zu kommen. Von diesem Standpunkt treten wir auch an die Behandlung der Polenfrage und die Beurteilung der für sie vorgeschlagenen Lösungen heran.

Staatenbildungen, die nicht aus sich selbst heraus geworden sind, als der höchste Ausdruck des menschlichen Kulturtriebes, sind künstliche Gebilde. Sie werden dennoch lebensfähig sein, wenn ihnen eine Aufgabe inmitten ihrer Nachbarn oder pathetischer ausgedrückt, gegenüber der Menschheit zuteil wird, hinter die sich das Volksganze bewußt oder instinktiv stellen und das junge Staatswesen

mit einer Idee ausfüllen kann. Von unseren Randstaaten sind zwei ohne eine solche Idee, — Baltland und Litauen wären bis auf weiteres weiter nichts wie Sandhaufen. Der dritte Randstaat Polen hat aber schon eine Idee, ein Ziel für die gesamte staatliche Betätigung, eine außenpolitische Aufgabe, auf die sich die Kräfte der Gesamtnation vereinigen, für die sie sich bilden und entwickeln lassen können. Jeder polnische Staat, und würde er auch nur als Republik Krakau begründet, hätte Eigenleben und käme darum niemals als eine passive Schutzwehr in Frage, vielleicht aber als selbsttätige aktive, das heißt eine solche, die sich das zu schützende Objekt selbständig wählt.

Jedes polnischen Staates Ziel wird sein: die Vereinigung aller ethnographisch zum Polentum gehörigen Landesteile, und da diese wegen ihrer Meeresferne nicht ausreichen würden, um den Staat auch selbständig lebensfähig zu erhalten fordern die Polen mehr. Die logische Folge dieser polnischen Staatsidee ist, daß kein Entgegenkommen, das die Polen nicht unmittelbar an die Ostsee führte, ausreichen würde, sie mit ihren staatlichen Nachbarn auszuföhnen. Sie sind also aus der Stärke ihrer Staatsidee heraus die erbitterten Feinde auch derer, die ihnen einen Staat errichten helfen, ohne zugleich den Widerstand gegen das natürliche Wollen dieses Staates aufzugeben. Die Polen sind ehrlich genug, dies offen einzugestehen. Die in Aussicht genommenen Lösungen der Polenfrage sind daher in erster Linie von diesem polnischen Gesichtspunkt aus zu beurteilen. Keine wird die Polen je befriedigen können, jede bietet eine mehr oder minder starke Basis zur Bedrohung der den Polen benachbarten Völker.

Die Politik soll nun die Kunst des Erreichbaren sein. Es wird uns von verschiedenen Seiten gelehrt, daß ein mit Osterreich durch Galizien verbundenes Polen geeignet sein werde, einen Schutzwall gegen den Osten zu bilden, — die sogenannte austro-polnische Lösung der Frage! Vorauszuschicken ist, daß auf eine ganze Reihe von Jahren eine militärische Gefahr von Rußland her kaum drohen wird, sondern nur eine politische, bedingt durch das Bedürfnis der Sozialisten, die monarchischen Staaten zu stürzen. Die Vertreter jener Lösung wollen die neun Gouvernements von Kongreßpolen, also das Gebiet zwischen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien einerseits und Weißrußland und der Ukraina andererseits mit Galizien vereinigen und durch einen Wirtschaftsvertrag mit oder ohne Personalunion der monarchischen Spitze an die habsburgische Monarchie anschließen. Sie meinen, die alten Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und dem Deutschen Reich, verinnerlicht durch den gemeinsam bestandenen Weltkrieg und gefestigt durch ein mitteleuropäisches Wirtschaftsbündnis, würden ausreichen, um Preußen vor den Folgen des polnischen Strebens zu bewahren. Daß bei der heutigen Leitung der Doppelmonarchie der ernste Wille vorhanden ist, Preußen in seinem heutigen Bestande zu erhalten, daran braucht nicht gezweifelt werden. Wohl aber bestehen ernste und durch die innere Entwicklung Osterreichs gestützte Zweifel, ob nach Friedensschluß die Wiener Regierung in der Lage sein wird, ihre Versprechungen einzulösen. Man weist auf alle die österreichischen Staatsmänner polnischer Abkunft hin, die die Dreibundspolitik Osterreich-Ungarns gefördert haben, vergißt aber, sich daran zu erinnern, daß die Demokratifizierung des politischen Lebens in Galizien kaum geeignet ist, die Hoffnung zu rechtfertigen, in absehbarer Zeit könnten Männer vom Schlage eines Grafen Goluchowski in

leitende Stellungen kommen. Es ist bekannt, daß der Polenklub zu Wien sich vollständig der Führung der demokratischen Träger des großpolnischen Gedankens unterwerfen mußte und daß von diesem Polenklub aus schon 1915 die Parole ausgegeben war, daß nach der Vereinigung Galiziens mit Kongreßpolen die Vereinigung der „übrigen polnischen Landesteile“ Ziel der polnischen Politik sein werde. Trotz des besten Willens der heutigen Regierung in Osterreich besteht nicht nur die Gefahr, daß sie sich durch Budgetverweigerungen und andern innerpolitischen Druck ins Schlepptau der Polen nehmen läßt, es kann mit einiger Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß Habsburg gezwungen sein wird, sich zum Träger der polnischen Wünsche zu machen und dies um so sicherer, als im Deutschen Reich die Polen, ein Teil der Sozialdemokraten und ein Teil des Zentrums die polnische Politik unterstützen werden. Die austro-polnische Lösung, die die Monarchie in Preußen mitsamt der deutschen Nationalität in Ostelbien bedroht, kann unmöglich von einem uns befreundeten Staatsmanne der Doppelmonarchie gutgeheißen werden.

Herr von Kühlmann hat die Bezeichnung austro-polnische Lösung in einer Entgegnung gegen die Ausführungen des Abgeordneten Raumann abgelehnt und uns auf „Mitteleuropa“ verwiesen. Man darf wohl daraus folgern, daß er einem selbständigen Staate Polen zustrebt, der sich wirtschaftlich an die Mittelmächte anzuschließen haben würde. Auch militärisch?

Die Schaffung eines völlig selbständigen Polens auf dem Gebiet Kongreßpolens wäre immerhin noch der vorgenannten Lösung vorzuziehen. Aber nicht etwa, weil die Polen alsdann aufhörten, ihre Staatsidee weiter zu verfolgen, sondern weil ihr Druck sich dann in gleicher Weise gegen Osterreich richtete wie gegen das Deutsche Reich und die beiden Reiche in der Abwehr der polnischen Ansprüche verbündet wären. Eine erstrebenswerte Lösung wäre aber auch diese nicht. Die Kämpfe, die in Osterreich und Preußen geführt werden müßten, um das neue Polen in Schach und die österreichischen und preußischen Polen bei ihren Staaten zu halten, würden einer ewig eiternden Wunde gleich unser beider politisches und staatliches Leben vergiften, ohne jede Aussicht, das polnische Problem durch Eindeutschung wenigstens der preußischen Polen von innen aus aufzulösen.

Sollte eine der beiden Arten der Lösung geeignet sein, der Polenfrage vorläufig und für eine verhältnismäßig kurze Zeit den aktuellen Charakter für die große Politik zu nehmen, so wäre, was ich hier schon vertreten habe, die Schaffung eines breiten deutschen Siedlungsstreifens an unserer Ostgrenze die unvermeidbare Konsequenz. Die wirtschaftliche Verbindung Polens mit Mitteleuropa würde den nationalen Kampf um unsere Ostmark nicht nur nicht unnötig machen, sie würde uns zwingen, ihn in den Mitteln nachdrücklicher und schärfer auszugestalten, und dies um so mehr, als die Herrschaft in Warschau von den radikal-demokratischen Parteien ausgeübt werden dürfte.

Was bleibt zu tun? Das von Herrn von Bethmann Hollweg ausgeklügelte oder von anderer Seite übernommene System frinkt daran, daß man den an sich vernünftigen Gedanken, einen Notbehelf für die Übergangszeit zu schaffen, nicht nur dort weiter entwickelte, wo es die Verhältnisse erlaubten, wie im Baltikum und Litauen, sondern auch dort, wo die Verhältnisse dagegen sprechen. Aus dem

politischen Bewegungskrieg geht man zum Stellungskampfe über, indem die leichten staatlichen Sandhaufen zu starken Schützengrabensystemen ausgebaut werden. In Litauen und Galizien sehr am Platze, in Polen ein schwerer Fehler, der sich an der ganzen Front rächen muß.

Das mag Herr von Rühlmann bei seinen Sorgen um die Sicherung unserer Ostgrenzen mehr einsehen und auf Schritt und Tritt unangenehmer empfinden, als jeder andere. Wir sitzen in unseren eigenen Sicherheitsvorrichtungen gefangen, weil wir zuviel sichern wollten! Um so verdienstlicher wäre es, wenn Herr von Rühlmann dennoch einen Weg nachweisen könnte, der uns aus der üblen Lage herauszuführen geeignet wäre. Aus seiner Rede läßt sich nicht entnehmen, daß der Weg schon gefunden ist. Die Frage ist noch nicht zu irgendeinem „mitteilungstreifen“ Zustande gediehen.

Soweit sich die Verhältnisse übersehen lassen, beschließen wir also den Krieg im Osten in einer militärisch zwar glänzenden, aber politisch erheblich ungünstigeren Stellung als wir in ihn eintraten. Wir haben Rußland wenigstens für lange Jahre verloren und keinen entsprechend starken Freund dafür unter den „befreiten“ Völkern gewonnen. Wohl aber sind wir im Begriff, an unserer Grenze ein zweites Serbien zu schaffen, bei dem scheinbar unsere Provinzen Westpreußen und Posen die Rolle Mazedoniens spielen sollen, als es noch zur Türkei gehörte und Bestrebungen im Gange waren, seine christliche Bevölkerung unter internationalen Schutz zu stellen. Die Parallele wird dem Abgeordneten Herrn von Trompczynski vorgeschwebt haben, als er im preußischen Abgeordnetenhaus bei Gelegenheit der Wahlrechtsbesprechung wagte, die Stellung preußischer Provinzen unter internationale Aufsicht zu fordern. Diese Forderung wird, wir sind davon überzeugt, wiederkehren!

